

# Gassperren & Stromsperren verbieten! Zwangsräumungen unterbinden!

- solidarischen Widerständigkeit aufbauen!



... „manche Leute brauchen dieses Damoklesschwert der Sperre, damit sie vernünftig mit ihrem Energieverbrauch umgehen.“ Henriette Reker, Bürgermeisterin Stadt Köln

Bild: Kundgebung von #wirzahlennichtmehr in Köln-Ostheim

Auf die Frage von einem Journalisten des Kölner Stadt-Anzeiger, ob der Energiekonzern RheinEnergie auf Stromsperren verzichten sollte, antwortet die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im September 2022:

... „manche Leute brauchen dieses Damoklesschwert der Sperre, damit sie vernünftig mit ihrem Energieverbrauch umgehen.“

Die Energiekosten vervielfachen sich, die Einkommensschere weitet sich aus und eine Umverteilung nach unten wird verweigert. Die Energiekrise trifft uns sogar doppelt, denn zusätzlich steigen auch die Preise für Produkte des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen – es wird ein Anstieg der Teuerungsrate auf über zwölf Prozent erwartet.

Und während wir uns fragen sollen, wo wir sparen und ein bisschen mehr frieren können, streichen die Energieversorger und die Rüstungsindustrie als Gewinner der Ukraine-Krise milliardenschwere Zusatzgewinne ein – ohne zur Finanzierung der explodierenden Energiekosten herangezogen zu werden. Der deutsche Staat kollektiviert die Krisenverluste während die Krisengewinne von Energieunternehmen und Discounter unangetastet bleiben.

Das ehrene Gesetz deutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik bleibt dem Matthäus Prinzip verpflichtet: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Für Menschen im Hartz IV Bezug oder mit kleinem Geldbeutel braucht es dagegen Strafen und beleidigende „Spartipps“, als ob Menschen mit wenig Kohle nicht die Experten seit Jahrzehnten im Sparen wären.

Hinter der zynischen Dauerbeschallung mit Spartipps wie von Henriette Reker steckt die Ideologie das Elend der Verdammten der Städte sei selbstverschuldet und könnte durch Bestrafung der Armut unterdrückt werden. Diese „punitiv (bestrafende) Sozialpolitik scheidet jedoch stets an der Aufhebung der Armut, was ihre Befürworterinnen jedoch bis heute nicht zum Grübeln bringt.

Laut Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, konnten in Deutschland schon 2021 3,7% - also über 3 Millionen Menschen – ihre Energierechnungen nicht zahlen. Verschiedene Stadtwerke in Deutschland rechnen für 2023 mit einer Entwicklung, wo bei prognostizierten Preiserhöhungen 5 – 10% der Haushalte nicht in der Lage sein werden ihre Stromrechnungen zu zahlen.

Der Strom Branchenverband BDEW ermittelte für 2022 eine Erhöhung des Strompreis gegenüber dem Jahr 2020 von 31,81 ct/kWh auf 37,14 ct/kWh. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Gaspreis 5,97 ct/kWh auf 13,77 ct/kWh. Den Haushalten drohen durch diese Preiserhöhungen horrende Nachzahlungen und deutlich höhere monatliche Abschläge, die sie gerade ärmere Haushalte nicht mehr aus eigener Tasche bezahlen können. Allein beim Gas rechnet der Bundesverband der Verbraucherzentralen (VZBV) für einen Durchschnittshaushalt mit einem Verbrauch von 20.000 Kilowattstunden mit Mehrkosten zwischen 1000 und 2000 Euro pro Jahr.

Die Bundesregierung plant zwar sogenannte Preisdeckel (Subventionierungen von Energiekonzernen) bei Gas und Strom, jedoch sollen laut dem Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Lindner (FDP) die gedeckelten Preise ein „New Normal“ abbilden, also Preisniveaus die für die nächsten Jahre gelten sollen.

## „ENERGIE“- VERARMUNG IN NEUER DIMENSION?

Beim „gedeckelten“ Gaspreis sind 12 Cent pro Kilowattstunde angedacht, was weiterhin gegenüber dem Jahr 2020 mehr als eine Verdoppelung der Endpreise bedeuten wird. So werden auch mit den Preisdeckel für das Heizen 10 % der ärmsten Haushalte über 20% ihres Nettoeinkommens (bis 1018 Euro) für Gasrechnungen ausgeben.

Da helfen auch Einmalzahlungen und einzelne Übernahme von Abschlägen über die ersten zwei, drei Monate bei manchen, bei einigen ärmeren Haushalten dürfte mit den Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2022 im Laufe des Jahres 2023 trotzdem drastische Zahlungsprobleme auftreten. Bereits seit Oktober 2022 haben viele Vermieter die monatlichen Nebenkostenvorauszahlungen deutlich erhöht, das verfügbare Nettoeinkommen gerade in den unteren Einkommensklassen schmilzt wie ein Eisberg in der Sahara weg, bereits 2022 lag es bei der ärmsten Einkommensklasse im negativen Bereich, es fehlten monatlich schon 11 Euro.

Die „Energie-Verarmung“ wird in den kommenden Jahren bisher unbekannte Ausmaße annehmen und eine der zentralen sozialen Konflikte der 20er Jahre des 21. Jahrhunderts sein.

**HOTLINE FÜR**  
**ZWANGSRÄUMUNG, GAS-UND STROMSPERRUNG**

015210717698

Telegrammkanal:  
**ZWANGSRÄUMUNGEN/STROMSPERRUNG**  
**STOPPEN\_Koeln**

**FCK**  
**NZS**

**015210717698**

## **HOTLINE** **ZWANGSRÄUMUNGEN**

In Köln gab es vor Coronapandemie 2020 im Durchschnitt 5000 Stromsperrungen im Jahr, während Pandemie wurden zunächst die Stromsperrungen ausgesetzt. Doch bereits im Juli 2022 hatte Rhein-Energie wieder rund 600 Stromsperrungen bei Kunden durchgeführt.

Gerade bei Hartz IV (Bürgergeld) Bezieherinnen waren und sind die Kosten für Strom in den sogenannten Regelleistungen viel zu niedrig angesetzt, die Armen mussten schon vor der Energiearmutskrise auf Essen oder Kleidung verzichten, wenn sie ihre Stromrechnung bezahlen wollten.

Wenn der Strom gesperrt ist, hat das große Auswirkungen für die betroffenen Haushalte. Die Leuchten, der Herd und weitere elektrische Geräte funktionieren nicht mehr, mit allen Folgen, die das für den Alltag hat: Es kann nicht mehr gekocht werden, und die Lebensmittel lassen sich nicht mehr kühlen.

Die Ampel Regierung setzt auch unter dem neuem Hartz IV Label bei der Übernahme von Heizkosten auf Druck und Drangsale. Nur sogenannte „angemessene Heizkosten“, der Durchschnitt Verbrauch nach dem Heizspiegel, soll das Jobcenter übernehmen. Dabei wohnen gerade Menschen in Hartz IV Bezug in alten, schlecht isolierten Wohnungen und habe daher häufig einen über den Durchschnitt liegenden Verbrauch. Dieser soll nun bestraft werden mit Drohungen und Aufforderungen seitens den Jobcenter die Heizungen runter zu drehen. Die Vermieter bekommen natürlich keine Briefe oder Drohungen mit der Anmahnung sich um die Wärmeisolierung der Wohnungen zu kümmern.

Es ist absehbar, dass mit den steigenden Energiekosten Strom- & Gassperrungen zunehmen werden. Und selbst wenn dann eine Ratenzahlung oder ähnliches vereinbart wird, werden arme Haushalte von Rhein-Energie bei Stromsperrungen noch mal mit 117 Euro Sperrkosten bestraft. Das treibt arme Menschen immer weiter in die Armutsspirale und Verzweiflung.

## **Strom- & Gassperrungen verbieten!**

Seit gefühlten Ewigkeiten weisen Sozialverbände auf die katastrophalen Folgen von Strom- & Gassperrungen bei armen Menschen hin. Trotzdem hält sich in Deutschland anders als in anderen europäischen Ländern, weiterhin die Bestrafungslogik gegen Arme.

Im Jahr 2020 wurde 4,2 Millionen Haushalten von ihrem Versorgungsunternehmen mit einer Stromsperrung und 978.394 Haushalten mit einer Gassperrung gedroht. Tatsächlich gab es 238.970 Unterbrechungen der Strom- und 25.835 Unterbrechungen der Gasversorgung. Die Zahl der Gassperrungen erhöhte sich von 2020 auf 2021 sogar um rund 12 Prozent auf rund 27.000.

## **Zwangsräumungen stoppen!**

### **Mieterhöhung- Moratorium**

Im August 2022 wurde der Musiker und russische Militärdienstverweigerer *Louzeff B.* bei seiner Zwangsräumung in Köln Ostheim von der Polizei erschossen. Verzweifelt und durch die Pandemie in die Zahlungsunfähigkeit gerutscht erhielt er statt dringend benötigter Hilfe die Räumungsaufforderung von seinem Vermieter (LEG). Ein Gerichtsvollzieher der Stadt Köln hat diese zusammen mit der Polizei „konsequent“ durchgesetzt: Erneut ein Toter, der statt der Polizei Hilfe gebraucht hätte.

Während die Mieten in Großstädten wie Köln immer weiter steigen, wollen Immobilienbesitzer (Haus und Grund) und Großkonzerne wie Venovia aber auch städtische Wohnungsgesellschaften wie GAG oder LEG an dem Kriegsinstrument der Zwangsräumungen gegen Arme unbedingt festhalten.

Zwangsräumungen waren und sind ein Instrument zur Durchsetzung von Profitinteressen und Gewinnmaximierung über Mietsteigerungen am Wohnungsmarkt, auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.

Im Gerichtsbezirk Köln des Oberlandesgerichts wurden 2020 1728 Zwangsräumung durchgeführt und selbst in der Hochphase der Pandemie 2021, wo rechtlichen Mieterschutzregelungen galten\*, gab es noch 1589 Zwangsräumungen. Das städtische Wohnungsunternehmen GaG, dass sich gerne als sozial darstellt, gab Ende Oktober 2022 Mieterhöhungen von bis zu 100 Euro ab dem 1.01.2023 für tausende Kölner Mieter:innen bekannt. Dabei liegen die Mietpreise in Köln mit durchschnittlich 13 Euro pro Quadratmeter seit Jahren über bundesweiten (8,87 Euro) und NRW Durchschnitt (8,32 Euro). Student:innen wohnen inzwischen auf Campingplätzen, die Vertreibung von einkommensschwachen Haushalten aus nördlichen Stadtteilen wie Kalk oder Mülheim schreiten immer weiter voran.

Auch der Verweis der GAG an ihrer Mieter:innen bei fehlenden Geldressourcen doch mal einen Wohngeld-Antrag zu checken, ist nichts als eine Farce. Denn die Bearbeitungsdauer eines Wohngeldantrags-Antrags liegt in Köln im Durchschnitt bei 1 Jahr!

Die Sicherung der Profite der Immobilienindustrie, die GaG hat in ihrer Bilanz für das Geschäftsjahr 2021 einen Gewinn von 19 Millionen Euro ausgewiesen, geschieht ohne Moratorium, einem Stopp bei Mieterhöhungen und Mietvertragskündigungen in den nächsten Jahren auf Kosten der ärmsten Haushalte.

Damit droht die Waffe der Zwangsräumungen in den Händen der Immobilienbesitzer zur sozialen Massenvertreibungswaffe in den nächsten Jahren zu werden. Profite mit der Miete sind der erklärte Krieg gegen die Armen der Stadt Köln, es ist höchste Zeit zu beginnen unsere Verteidigung zu organisieren und diesen Krieg zu den Verantwortlichen zurück zu tragen.



## Solidarische Widerständigkeit organisieren!

Bild: Köln Ostheim #wirzahlennichtmehr

Armut ist zunächst mit Scham behaftet und Armut ist extrem individualisiert. Viele kennen nicht ihre Nachbar:innen, kaum jemand spricht auf dem Jobcenter mit seinen Leidgenoss:innen. Die Familie ist vielfach der alleinige Hilfs- und Besprechungsraum, wenn der Alltag von Preissteigerungen, auftürmenden Rechnungen etc. im Briefkasten eintrudeln. Das gemeinsame Sprechen über die Drangsale des Alltags, über die Zumutungen eines kapitalistischen, bestrafenden Sozialstaats sind ein zentraler erste Schritt: das Gemeinsame zu erfahren und sich auszutauschen über die Möglichkeiten von Widerstand.

Dazu braucht es regelmäßige, offene Angebote in den Stadtteilen, wo Armutsbetroffenen selbst das Wort ergreifen. Mit Küchen für alle (Küfas) können wir zwar den Hunger nicht stillen, aber ein praktisches Angebot schaffen, neben dem erniedrigenden Tafel-Paternalismus von Kirchen und Charity-Müllkostenreduzierungsangeboten von Rewe und Aldi.

Vor allem kann eine Linke lernen von den Armutsbetroffenen, welche Strategien, welche Utopien und welche Handlungsmöglichkeiten es im Widerstand längst gibt. Die „moralische Ökonomie“ war nie weg, seit Jahrzehnten helfen sich Betroffene von Armut solidarisch gegenseitig. Es gilt diese Hilfe zu verallgemeinern: sei es bei einer Stromsperre solidarisch eine Kabeltrommel aus dem Balkon zum Nachbarn zu legen, sei es mit einem Magneten den Stromzähler zu manipulieren, sei es in gemeinsam formulierten Einsprüchen und Anträgen die Energiekonzerne wie Rheinenergie unter Druck zu setzen oder vielleicht einfach ihre Gebäude zu besetzen. All diese Akte des Widerstands werden der Ground Zero des kommenden sozialen Aufstands sein.

Neben den Stadtteilversammlungen, wollen wir eine zentrale Anlaufstelle für alle Menschen in Not schaffen. Ein soziale Hotline gegen Zwangsräumungen, Strom- & Gassperren! Wir werden die Telefonnummer breit zugänglich machen, und als erste Kontakt Möglichkeit neben regelmäßigen Stadtteiltreffen anbieten. Hier können sich Menschen melden, die akut von Räumungen oder Sperrungen betroffen sind.

Wir streben an, mit diesen Menschen gemeinsam zu überlegen, ob neben den bestehenden Angeboten von Rechtsberatung eine Politisierung und Widersetzung gegen Zwangsmaßnahmen sinnvoll sein könnte.

Unsere Absicht ist ganz klar: wir wollen ein Netzwerk von Betroffenen und Aktivist:innen aufbauen über offene Strukturen wie Telegramm die nächsten Zwangsräumungstermine mit Gerichtsvollzieherin und Bullen zu verunmöglichen.

Vor uns steht ein Jahrzehnt bisher nicht vorstellbarer Verarmung, aber auch ein Jahrzehnt der Rückkehr der sozialen Kämpfe. Der soziale Antagonismus wird sich dabei auf der Arbeit, im Jobcenter, bei der Wohngeldstelle, beim Kundenservice Foyer der Energiekonzerne usw. manifestieren, er wird sich kreuz und quer durch die neue Realität einer Gesellschaft im Konflikt zeigen.

#Wirzahlennichtmehr ist nur ein kleiner Teil dieser neuen Gegenwart. Wir laden euch ein gemeinsam mit uns, das Gespenst einer Gemeinschaft der Widerständigen zu werden, von denen die Chefs, die Vermieter, die Jobcenter, die Regierungen nur mit Argwohn und Angst sprechen werden.

**WWW.ENERGIE-HILFE.ORG**

• **Detaillierte Informationen zur Übernahme von Heiz- und Stromkosten**

• **Musteranträge**

• **Infos für Beratende**

• **Informationen und Materialien zur Kampagne**

Die Preise steigen in allen Bereichen und machen unser Leben deutlich teurer. Ganz vorne mit dabei sind die gestiegenen Kosten für Energie. In manchen Fällen kommt noch dazu, dass Verbraucher\*innen von ihrem Energielieferanten gekündigt wurden und nun in einen viel teureren Tarif wechseln mussten. Hinzu kommen die steigenden Kosten für tägliche Bedarfe wie für Lebensmittel oder Benzin, sodass viele Haushalte, in denen das Geld ohnehin schon knapp ist, nun an ihr Limit kommen. So kann es schnell zu Schulden und Mahnungen bis hin zur Sperrung von Strom oder Gas kommen.

Informationen für **Beziehende von Leistungen der Grundsicherung**

Informationen für **Angestellte und Selbstständige**

Informationen für **Beziehende von Rente, Arbeitslosengeld I oder Krankengeld**

Informationen für **Auszubildende, Schüler\*innen und Studierende**

Ein Projekt von Tacheles E.v. und Der PARITÄTISCHE



**WWW.ENERGIE-HILFE.ORG**

# HOTLINE FÜR

ZWANGSRÄUMUNG, GAS-UND STROMSPERRUNG



Telegrammkanal:

ZWANGSRÄUMUNGEN/STROMSPERRUNG

STOPPEN\_Koeln

015210717698

FCK  
NZZ